agrarische Mumarstreundlichkeit fürchtet eine Untergrabung des Vertrauens in die Heeresverwaltung, eine Schädigung der Disziplin und eine Schwächung „des Vertrauens und der Liebe der Untergebenen zu ihren Vorgesetzten"! Seine agrarische Logik kommt zu dem trüben Schlusse, daß die Bestrebungen der Zentralstelle „eher zur Vermehrung als zur Verminderung von Uebergriffen beitragen"!!

Man zweifelt unwillkürlich, ob der Herr, der solche Dinge schrieb, ein normal entwickeltes Gehirn sein eigen nennt. Es gibt nur ein Mittel, die infame „Unsitte" der Soldatenquälereien zu beseitigen und damit die geplante Zentralstelle überflüssig zu machen: daß sich die Heeresverwaltung entschließt, jeden Soldatenpeiniger rücksichtslos seines Vorgesetztencharakters zu entkleiden.

Ein Nachspiel zum Streik der Reichstagsjournalisten.

Gelegentlich des Streiks der Reichstagsjournalisten hatte die Rheinisch-Westfälische Zeitung unter Führung ihres Chefredakteurs Dr. Pohl, der Die Post leitet, eine ablehnende Haltung zum Streik eingenommen. Das wurde in der Versammlung der Reichstagsjournalisten scharf verurteilt, und der Journalist Schweder hat eine Resolution des Inhalts eingebracht, die Presse solle die Rheinisch-Westfälische Zeitung boykottieren. Die Antwort war eine Reihe beleidigender Artikel Dr. Pohls gegen Schweder, der daraufhin eine Berichtigung an die Rheinisch-Westfälische Zeitung sandte, die sie, weil sie angeblich beleidigende Ausführungen enthalte, nicht abdruckte. Andere Zeitungen aber veröffentlichten sie, und eins dieser Blätter, der Allgemeine Beobachter in Essen, wurde von Dr. Pohl verklagt, in erster Instanz freigesprochen, in zweiter Instanz zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Das Oberlandesgericht in Hamm aber hat nun einen Freispruch gefällt; es konnte in den gegen die Rheinisch-Westfälische Zeitung gerichteten Ausführungen keine Beleidigung finden. Im besonderen führt, wie die Tägliche Rundschau berichtet, der Urteilsspruch folgendes aus: „Mit dem Ausdruck, „die Rheinisch-Westfälische Zeitung habe die einfachsten Anschauungen von Treu und Glauben und journalistischem Anstand mit Füßen getreten", sei nur zum Ausdruck gebracht, daß der Privatkläger die in Journalistenkreisen herrschenden Anschauungen von Treu und Glauben und Anstand in besonders auffälliger Weise absichtlich unberücksichtigt gelassen und ihnen absichtlich geradezu entgegengesetzt gehandelt habe. Es ist zuzugeben, daß der gewählte Ausdruck stark ist, aber es kann nicht zugegeben werden, daß er formell beleidigend ist. Fehlt es aber hiernach überall an einer beleidigenden Form und hat somit der Vorderrichter unzulässigerweise die Beleidigungsabsicht in Wirklichkeit lediglich aus dem Inhalte gefolgert, so mußte, da der Angeklagte die in § 193 des Strafgesetzbuchs, dessen Schutz ihm zugebilligt ist, gezogene Grenzen nicht überschritten hat, die Aufhebung des Urteils und die Freisprechung des Angeklagten erfolgen. Infolgedessen treffen die Kosten des Verfahrens den Privatkläger.

Aerzte und Reichsversicherungsordnung. Eine offiziöse Korrespondenz ist der Ansicht, daß die Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung, die sich mit den Beziehungen der Aerzte zu den Krankenkassen beschäftigen, keineswegs so Gesetz werden, wie sie von der Kommission angenommen wurden. Vielmehr sei mit Sicherheit damit zu rechnen, daß bis zur zweiten Lesung andere Vorschläge unterbreitet werden. Vor allem seien es die Vorschriften über die Bildung der beiden Vertragsausschüsse, die bei dem ablehnenden Verhalten der Aerzteschaft nicht aufrecht erhalten werden können.

Beschleunigung der Reichstagsersatzwahlen. Vor wenigen Tagen hat der preußische Minister des Innern angeordnet, daß Reichstagsersatzwahlen in Preußen innerhalb 70 Tagen, spätestens aber innerhalb 90 Tagen, nach Erledigung des Mandats zu vollziehen sind. Für den Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. scheint diese Bestimmung nicht zu bestehen, denn er hat für das dort erledigte Reichstagsmandat bis heute noch keinen Termin zur Nachwahl angesetzt. Anscheinend soll die Nachwahl bis nach der Frühjahrsmesse hinausgeschoben werden. Daran mögen vielleicht die Konservativen ein gewisses Interesse haben, jedenfalls aber widerspricht dieses Hinauszögern der Wahl der Verfügung, die der Minister des Innern erlassen hat.

Reichstagskandidat auf Kündigung. Der Sohn des ersten Vizepräsidenten Spahn ist von den Vertrauensmännern des Zentrums im Kreise Warburg dazu ausersehen, den Kreis als Nachfolger des Abg. Schmidt im Reichstage zu vertreten. Die Kandidatur scheint aber nur für ein Jahr zu gelten. Die Mehrheit der Vertrauensmänner beschloß eine Resolution, in der es heißt: „Den Zentrumswählern des Wahlkreises Warburg-Höxter wird empfohlen, ihre berechtigten Wünsche in betreff einer Kandidatur aus dem Wahlkreise für die jetzige Ersatzwahl im Interesse der Allgemeinheit und aus ganz triftigen, besonderen Gründen zurückzustellen. Wir versprechen indessen, bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1911 bezw. 1912 den Wünschen der Wählerschaft nach einheimischen Kandidaten Rechnung zu tragen."

Das Luftschiff im Dienste des Massenmordes. Einem Münchner Blatte wird aus Berlin mitgeteilt, daß das preußische Kriegsministerium für den Bau eines eigenartigen Ballontyps, eines dreigliedrigen, starren und rasch zerlegbaren Kriegs-Motor-Luftschiffes eine bedeutende finanzielle Unterstützung zugesagt hat. Die deutsche Heeresverwaltung stellt folgende Bedingungen: Leichte Manöverierbarkeit, Lenkbarkeit, große Beweglichkeit, um feindlichen Angriffen ausweichen zu können, gefahrlose Verwendung des Funkenspruchs, leichte Zerlegbarkeit und eine artilleristische Leistung durch Werfen von Sprenggeschossen.

Der neue Militäretat weist, wie die Post mitteilt, eine neue Steigerung der Ausgaben auf. Nach dem im nächsten Jahre ablaufenden Quinquennat werden in diesem Etatsjahre neu errichtet: eine Kavalleriebrigade (38) bei der 38. Division in Erfurt und ein Kavallerieregiment (Jägerregiment zu Pferde Nr. 6) mit niedrigem Etat und dem gleichen Standort Erfurt. Außerdem wird der Etat der dritten Versuchskompagnie beim Luftschifferbataillon um 1 Offizier, 1 Vizefeldwebel, 12 Unteroffiziere und 57 Mann erhöht. Durch diese Heeresvermehrung und einige andere Etatserhöhungen werden für Offiziere an neuen Stellen geschaffen: 1 Brigade- und 1 Regimentskommandeur, 1 Stabsoffizier, 6 Rittmeister und Hauptleute, 19 Subalternoffiziere, 2 Aerzte und 3 Veterinäroffiziere.

Damit sind die Vermehrungen im Rahmen des gegenwärtigen Quinquennats abgeschlossen, und es wird nun abzuwarten sein, was die in diesem Winter bereits kommende Militärvorlage bringen wird.

Zur reichsländischen Verfassungsreform. Nach einer Meldung der Straßburger Neuen Zeitung soll die Vertretung der Städte so geplant sein, daß Straßburg in der Abgeordnetenkammer 6 Mandate, Mülhausen 3, Metz 2 und Colmar 1 Mandat erhalten. Die Einteilung der Wahlkreise werde durch eine kaiserliche Verordnung erfolgen.

Folgen der Zündholzsteuer. Die Aktiengesellschaft Union in Augsburg, eine der größten Zündholzfabriken Deutschlands, läßt infolge des Konsumrückganges schon seit Monaten mit bedeutend verringertem Personal arbeiten, wozu noch jede Woche ein bis zwei Feiertagsschichten eingelegt werden. Aus Mangel an Bestellungen hat nun die Gesellschaft in der Filialfabrik in Kempten, in der etwa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, am 14. Juli sämtliche Arbeiter bis auf eine ganz geringe Zahl entlassen, wobei den Entlassenen eröffnet wurde, daß ein Teil in acht bis 10 Wochen wieder eingestellt wird, wenn bis dahin größere Bestellungen einlaufen sollten.

Ein neuer Kolonialkrieg?

In der letzten Zeit sind beunruhigende Nachrichten aus Kamerun verbreitet worden. Es wurde behauptet, daß ein Volksstamm, der bisher noch nicht unterworfen ist, die Makkas, mehrfach zu Klagen Anlaß gegeben hat. Nach neueren Mitteilungen sollen sie den Handelsplatz Kribi in Besitz genommen und die kleine deutsche Besatzung gezwungen haben, sich zurückzuziehen. In den Berliner Neuesten Nachrichten, einem Blatte, das stets die Interessen des Kolonialkapitalismus vertreten hat, wird nun geschildert, daß die Makkas zwar Feldbau betreiben, aber kein Vieh halten. Um aber doch von Zeit zu Zeit Fleisch zu bekommen, würden die Erzeugnisse des Landes gegen Sklaven ausgetauscht, die, regelrecht gemästet, dann geschlachtet und gekocht würden. Die Makkas könnten gehört haben, daß, wenn die deutsche Regierung ihre Verwaltung ausbreite, ihrem Kannibalismus Einhalt getan werde.

Dadurch soll in Deutschland der Eindruck erweckt werden, daß es sich weniger um einen Eroberungsfeldzug handelte, als vielmehr darum, den Kannibalismus bei den Makkas zu beseitigen. Den wahren Grund, den Kolonialbesitz noch weiter auszudehnen, wird man geflissentlich verschweigen; das ergibt sich auch daraus, daß das Scharfmacherblatt seinen Artikel mit einem heftigen Angriff auf die Sozialdemokratie schließt.

Kleine politische Nachrichten. Unter die Genietruppen, die von der Truppenrevue in Longchamps zurückkehrten, war ein revolutionärer Aufruf verteilt worden. Sie wurden darin aufgefordert, im Falle des Generalstreiks der Eisenbahnarbeiter den Dienst zu verweigern. — Bei den Bezirkswahlen in Serbien wurden gewählt: 267 Radikale, 115 Jungradikale, 24 Nationalisten, 17 Progressisten. — Etwa 100 Reservisten demonstrierten in Athen vor den Kasernen und verlangten Entlassung oder Krieg. — In Tiflis wurde eine Terroristengruppe arretiert. Ein weibliches Mitglied verriet eine Bombenniederlage in der Umgegend der Stadt. Es wurden acht geladene Bomben gefunden.

Ausland.

Frankreich.

Wahlverrat der Radikalen.

pc. **Paris**, 18. Juli. Die Briandsche Politik der „allgemeinen Versöhnung" trägt ihre Früchte. Radikale und Reaktionäre finden sich. Im fünfzehnten Pariser Wahlkreis, dessen Abgeordneter, Genosse Chaudière, kürzlich verstorben ist, hatte die entscheidende Stichwahl stattzufinden. Die sozialistische Partei hatte den in Lyon nicht wiedergewählten Genossen de Pressensé als Kandidaten aufgestellt. Im ersten Wahlgang erhielt er 4815 Stimmen, während 3460 auf den Radikal-Sozialisten Chériout und 4072 auf den klerikalen Reaktionär Comte d'Aramon fielen. Bei den Hauptwahlen im April war Chaudière gewählt worden in der Stichwahl mit 5151 Stimmen gegen 4600, die Chériout und 4501, die d'Aramon erhielt. Für ihre Niederlage von damals rächten sich jetzt die Radikalen, indem sie als Hauptgrund für ihre Stellungnahme die Tatsache anführten, daß sich der sozialistische Kandidat bei den Hauptwahlen nach dem ersten Gang nicht zugunsten des radikal-sozialistischen Kandidaten zurückzog, obschon dieser an die Spitze kam. Der Grund hat den Schein der Berechtigung. In Wirklichkeit lagen jedoch die Dinge im 15. Wahlkreise so, daß die Partei sich selbst gegenüber nicht das Recht hatte, ohne weiteres die „republikanische Disziplin" zu üben, wo ihr Erfolg im zweiten Gang sicher war: der Ausgang der Wahl zeigte, daß sie sich nicht getäuscht hatte. Inzwischen hat Briand gesprochen. . . . d'Aramon, der als Monarchist und Hauptklerikaler bekannt ist, ließ sich Visitenkarten drucken, die den veränderten Umständen angepaßt waren: es stand nicht mehr Reaktionär darauf, sondern liberaler Republikaner. Was nützte es, daß vom Zentralrat der radikal-sozialistischen Partei die Parole ausgegeben wurde, für den sozialistischen Kandidaten zu stimmen — die Radikalen ließen sich von ihrem Haß gegen den Sozialisten so weit treiben, für den Reaktionär d'Aramon zu stimmen. Nicht weniger als 2000 Stimmen mehr erhielt d'Aramon im Vergleich zu dem Resultat im April. Mit 6542 Stimmen wurde er gewählt, während Pressensé 5030 Stimmen erhielt. Solche Wahlen kitten — aber sie führen auch gesunde Scheidungen herbei.

Spanien.

Regierungsängste.

Madrid, 19. Juli. Da die Ruhe in Bilbao bisher nicht gestört worden ist, hat die Regierung beschlossen, den Belagerungszustand nicht zu verhängen. Trotzdem sind Maßregeln getroffen, damit Truppen auf das erste Zeichen hin nach dem Grubenbezirk abgehen können. Wie weiter berichtet wird, hat die Regierung nach vorausgegangenen Unterhandlungen mit den Führern der Opposition den nach Frankreich Geflüchteten die Bewilligung erteilt, unbelästigt nach Spanien zurückkehren zu dürfen. Es werden den Flüchtlingen die notwendigen Mittel bewilligt werden. Die Rückkehr erfolgt gruppenweise. Man glaubt, daß diese Maßregel viel dazu beitragen werde, die Gemüter zu beruhigen.

Bramarbas Maura.

Madrid, 19. Juli. In der Deputiertenkammer beklagte der frühere Ministerpräsident Moret die brüske Art, auf die er entlassen worden sei, obwohl er immer loyal der Monarchie gedient habe. Maura verteidigte die Maßnahmen seiner Regierung, kam auf die dem Rifeldzuge vorhergegangenen Ereignisse zurück, suchte die von ihm getroffenen Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes in Barcelona zu rechtfertigen und erklärte, er werde, wenn er die Macht wieder erlangen sollte, noch strenger in der Anwendung der Gesetze verfahren.

Italien.

Gegen den Blutzaren.

Rom, 19. Juli. Im römischen Stadtparlament erhob namens der sozialistischen Partei Gemeinderat Ferrari feierlichen Protest dagegen, daß Bürgermeister Nathan bei seiner neulichen Programmrede die Zarenreise nach Racconigi verherrlicht habe. Die sozialistische Partei stehe zwar dem administrativen Programme des Bürgermeisters sympathisch gegenüber, könne aber in das Loblied auf den Zaren, der die Freiheit seines eigenen wie des finnischen Volkes unterdrücke, nicht einstimmen. Ferrari zog einen Vergleich zwischen Nathans männlichem Eintreten für Ferrer und seiner höfischen Huldigungsreise nach Racconigi; er schloß mit einem Hochruf auf die russischen Märtyrer.

Türkei.

Das bedrohte Regime der Jungtürken.

Konstantinopel, 19. Juli. Ein Kommuniqué der Pforte bestätigt im wesentlichen die Meldung, daß ein Geheimkomitee eine allgemeine Erhebung und die Ermordung einiger Minister des Kabinetts und Mitglieder der Kammer plante. Es sollte ein neues Kabinett aus den Mitgliedern der Opposition gebildet und die Kammer aufgelöst werden. Unter den aufgefundenen Papieren befindet sich ein Aufruf an das türkische Heer in Albanien, nicht gegen die Albanesen, sondern gegen die jetzige Regierung zu marschieren.

Konstantinopel, 19. Juli. Dr. Riza Nur, einer der bekanntesten Deputierten und früher führendes Komiteemitglied, wurde in seinem Hause, das von Gendarmerie umstellt war, verhaftet und dem Kriegsgericht vorgeführt unter der Beschuldigung, an der Organisation des Geheimbundes hervorragend mitgearbeitet zu haben. Die Polizei fand bei der Haussuchung viel kompromittierendes Material, das Anlaß gab, die in Skutari wohnenden Freunde Riza Nurs zu überwachen. Auch in anderen Stadtteilen Konstantinopels erhielten Kommissare Instruktionen zur Ueberwachung verdächtiger Politiker, unter denen drei weitere Kammermitglieder, zwei Senatoren und vor allem ein allgemein bekannter, gegenwärtig in Rußland weilender arabischer Deputierter genannt werden. In Siwas wurden mehrere Geheimbündler verhaftet und hierher gebracht. Weitere zahlreiche Verhaftungen stehen in den Provinzen bevor.

Rußland.

Es hört nimmer auf.

Petersburg, 19. Juli. Die Verhaftungen im Zusammenhang mit den Intendanturskandalen sind allem Anschein nach noch lange nicht abgeschlossen. Gestern wurde der Vorsteher des Petersburger Materialdepots, Intendant Oberst Glotow, im Arbeitskabinett verhaftet und direkt ins Gefängnis abgeführt.

Weitere Preßstimmen zur badischen Budgetbewilligung.

Volksblatt für Harburg:

„Es ist also die außerordentlich bedenkliche und ernste Tatsache zu konstatieren, daß die sozialdemokratische Fraktion eines Landtags die Beschlüsse des deutschen Parteitags für sich als nicht bindend ansieht. Es ist zum ersten Male in der Geschichte der Partei, daß eine so offene Nichtachtung von Parteitagsbeschlüssen zu verzeichnen ist. Denn als vor zwei Jahren die süddeutschen Landtagsabgeordneten für das Budget stimmten, suchten sie diese Abstimmung wenigstens formell durch eine Interpretation mit den Beschlüssen der Parteitage, der Lübecker und Dresdner Resolution, in Einklang zu bringen. Diesmal wird ein solcher Versuch nicht gemacht, weil er nach dem Beschluß des Nürnberger Parteitags nichts gemacht werden kann."

Hamburger Echo:

„Wir wissen bisher nicht, ob Frank über die „besonderen politischen Verhältnisse" noch weitere Bemerkungen gemacht hat. Aber die Einleitung der von ihm abgegebenen Erklärung hätte für die Fraktion, von der sich drei Genossen trennten, Veranlassung sein müssen, entschieden gegen das Gesamtbudget zu stimmen und der Regierung das Vertrauensvotum zu verweigern, die noch immer nicht die völlige politische Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Staatsbürger anerkennen will.

Das allein schon hätte Grund genug sein müssen dafür, daß die badische Fraktion eine gegenteilige Stellung eingenommen hätte. Aber die Badenser Parlamentarier haben doch wohl auch die Pflicht, sich Parteitagsbeschlüssen zu fügen. Der Parteitag in Nürnberg hat vor zwei Jahren nach langen, heftigen Auseinandersetzungen beschlossen, daß die damals zur Erörterung stehende Budgetbewilligung in Baden, Württemberg und Bayern nicht mit den in Lübeck und Dresden beschlossenen Resolutionen vereinbar sei, daß grundsätzlich die Verweigerung des Budgets aufrecht erhalten werden müsse. Danach durfte man, trotz der von den Süddeutschen verfochtenen gegenteiligen Auffassung, wohl annehmen, daß sie sich dem Parteitagsbeschluß fügen würden.

Statt dessen haben jetzt die badischen Abgeordneten in einer Form das Gegenteil getan, die wie eine direkte Provokation der Gesamtpartei aussieht. Sie geben Gründe an, die sie veranlassen müßten, gegen das Budget zu stimmen, und stimmen dann für dasselbe. Das ist eine Art des Verfahrens, wie es bisher in der Partei noch nicht dagewesen ist, und sicher wird unter den Parteigenossen helle Entrüstung über diese absichtliche Nichtachtung der Parteitagsbeschlüsse entstehen. Und mit Recht. Die vor zwei Jahren in Nürnberg stattgehabten Debatten sind auf diejenigen, die sie zur einheitlichen Taktik zurückführen sollten, wirkungslos gewesen und auf dem diesjährigen Parteitag wird die Frage von neuem behandelt werden müssen. Wollten die Badenser das provozieren? Auch dann haben sie einen verkehrten Weg eingeschlagen. Es kann sie niemand hindern, anderer Meinung zu sein als die Mehrheit der Partei im ganzen Reich. Wenn sie sich durch deren Beschlüsse beengt fühlen, so sollen sie versuchen, den Parteitag zu einer anderen Meinung zu bekehren. Aber sich einfach über die Parteitagsbeschlüsse hinwegzusetzen und ihnen entgegenzuhandeln, das heißt die Partei selbst in schwerster Weise brüskieren und ihre Aktionen lähmen. Dagegen muß mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden."

Volksblatt, Kassel:

„Nachdem wir die Motivierung nunmehr kennen, müssen wir sagen, daß sie für uns nicht von besonderer Ueberzeugungskraft ist. Einen Tag (!) vor der Abstimmung waren die Genossen entschlossen, gegen das Budget zu stimmen, sie stimmten dann schließlich dafür, wie gesagt wird: aus zwingenden politischen Gründen. In der Hauptsache müssen diese zwingenden Gründe wohl gesehen werden in der Hetze der Schwarz-Blauen gegen den Minister v. Bodman. Diese komplizierte Natur aber nicht stürzen zu lassen, hielten unsere Genossen für einen Akt politischer Klugheit, u. a. um deswillen, weil Herr v. Bodman „manche" Forderung der Sozialdemokratie für berechtigt hält. Uns ist in der jahrzehntelangen Parteitätigkeit bis auf den heutigen Tag noch kein Mensch begegnet, der nicht manches aus unserem Programm für berechtigt gehalten hätte. Die Bescheidenheit unserer Genossen im badischen Landtag ist uns wirklich unverständlich.

Dann ist der Schluß der Motivierung in gar keinen Einklang zu bringen mit dem Anfang. Einen Tag vor der Abstimmung war die Fraktion entschlossen, gegen das Budget zu stimmen und damit im Einklang zu bleiben mit der Partei und ihren Beschlüssen. Einen Tag nach der Abstimmung spricht man von kleinlicher Demonstrationssucht, durch die man positive Erfolge aufs Spiel setze.

Es will uns scheinen, daß nicht nur der badische Minister v. Bodman eine komplizierte Natur ist, daß vielmehr auch die Politik unserer badischen Genossen komplizierter ist, als sie bei einer Vertretung des klassenbewußten Proletariats sein sollte. Die Zustimmung zum Budget in Baden stellt sich für uns dar als ein schwerer Verstoß gegen Parteitagsbeschlüsse."

Volkszeitung, Düsseldorf:

„Mit dieser Zustimmung zum Budget haben die sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags sich in strikten Gegensatz zu dem mehrmals kundgegebenen Willen der großen Mehrheit der Partei gestellt, in Gegensatz zu den Beschlüssen der Parteitage in Lübeck, Dresden und Nürnberg. Die badische sozialdemokratische Landtagsfraktion, die ja schon öfters in recht merkwürdiger Weise von sich reden machte — zuletzt noch wegen der Teilnahme an dem sogenannten parlamentarischen Bierabend bei dem badischen Minister —, hat sich mit ihrer Haltung zum Staatsbudget außerhalb des von der berufenen Parteivertretung — der Parteitage — festgelegten Kampfbodens gestellt. Sie hat dargetan, daß sie für sich die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zum heutigen Klassenstaat, wie sie in den teilweise recht erregten Debatten auf den genannten Parteitagen und in den angeführten Beschlüssen niedergelegt ist, nicht anerkennt. Die Partei wird daraus die Konsequenzen ziehen müssen."

Volksbote, Stettin:

Das Blatt fügt der Erklärung des Parteivorstandes hinzu: „Es wird endlich die höchste Zeit, dem die Arbeiterklasse verwirrenden Treiben der süddeutschen „Politiker" einen Riegel vorzuschieben", und sagt über den Hofgang: „Da geniert man sich wirklich fast, die Herren als „Parteigenossen" anreden zu müssen. Wenn in Süddeutschland auch die Klassengegensätze nicht so schroff und die Junkerherrschaft nicht so frech ist, so muß man von Sozialdemokraten verlangen, daß sie über ihrer Kantönligemütlichkeit nicht das sozialdemokratische Prinzip vergessen."

Volksfreund, Karlsruhe:

In einem Artikel über den „Großblock-Landtag" kommt unser Karlsruher Parteiorgan nochmals auf die Gründe zu sprechen, die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100720/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG